



Flüchtlinge aus der Westprovinz Darfur: „Es kann sein, dass wir nur ohnmächtige Zeugen des Sterbens werden“

SUDAN

Tod im Geisterhaus

Der Westen und die Uno setzen den islamistischen Präsidenten Baschir unter Druck: Er soll das Morden in Darfur beenden – aus humanitären Gründen, aber auch damit die Ölgeschäfte reibungslos funktionieren. Eine militärische Intervention ist vorerst nicht angesagt.

Jetzt füllen sich die Wadis mit Wasser. Es beginnt die Regenzeit. In Süd-Darfur bleiben die ersten Lastwagen der Lebensmittelhilfe im Schlamm stecken, in Nord-Darfur verlassen sie oft gar nicht erst die Lagerhallen, obwohl die sich langsam mit Lebensmitteln füllen. Ein erbarmungsloser Kampf ums Überleben hat begonnen, der Transport zu den Hungernden wird immer schwieriger.

Deren Lage war schon bisher zum Verzweifeln: „Ganze Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht, die Hütten niedergebrannt, die Menschen abgeschlachtet oder vertrieben“, berichtet Johan van der Kamp von der Welthungerhilfe.

Nun sind die sommerlichen Niederschläge gekommen, und es beginnt der



Berittene Dschandschawid-Milizen: „Die Folterknechte haben das Sagen“

ESPEN RASMUSSEN / AFP



OLAV SALTBERG / REUTERS

nächste Teil der westsudanesischen Tragödie. Er hat womöglich noch schlimmere Folgen als der seit über einem Jahr anhaltende Terror der Dschandschawid-Reitermilizen, die weite Teile des schwer zugänglichen Landes bereits entvölkert haben. Trotz aller Widerigkeiten gelangen Helfer in die Flüchtlingsgebiete. Doch für zahllose Darfuris ist es schon zu spät.

„Wir sind zwar da“, sagt van der Kamp, „aber wir haben kaum Lebensmittel zu verteilen, weil der Nachschub stockt. Es kann sein, dass wir nur ohnmächtige Zeugen eines Massensterbens werden.“ Diejenigen, die den Dschandschawid entkommen sind, erwarten nun den Hungertod. Kollegen von der Kamps äußern die Befürchtung, dass täglich bis zu tausend Menschen sterben – irgendwo auf den kargen Hochebenen von Darfur.

Der Regierung in Khartum kommt die Regenzeit nicht ungelegen. Sie will möglichst wenig ausländische Augenzeugen, die von Hungersnot und Völkermord berichten könnten. Denn die internationale Staatengemeinschaft macht den wilden Westen des Vielvölkerstaats dieser Tage zu ihrem wichtigsten Anliegen. Europäer,

Amerikaner und Vereinte Nationen haben sich endlich aufgerafft und das Militärregime des islamistischen Generals Umar al-Baschir, 60, unter Druck gesetzt.

Die Bundesregierung hatte den Uno-Sicherheitsrat schon im April mit dem Thema Darfur befasst; mehrere Kabinettsmitglieder kritisierten öffentlich die Menschenrechtsverletzungen in Darfur. In der Folge besuchten Colin Powell, Joschka Fischer und Kofi Annan den Sudan. Der flächengrößte afrikanische Staat, so lautete der Subtext ihrer Besuchsoffensive, sei zu wichtig, um das Chaos in Darfur, einem Gebiet von der Größe Frankreichs, stillschweigend zu übergehen.

Vergangenen Montag brandmarkte auch die Europäische Union die Tötungs- und Vertreibungsorgien. Großbritannien spekulierte sogar über die Entsendung von 5000 eigenen Soldaten, favorisierte dann aber eine Blauhelmtrope.



SUDAN

Fläche:
7-fache Größe Deutschlands

Bevölkerung:
32 Mio. Einw.
darunter: 52% Afrikaner,
39% Araber
etwa **1,2 Mio. Flüchtlinge** aus Darfur

Tags darauf bestellte der Sudan den deutschen und den britischen Botschafter ein, um sich gegen die Einmischung und eine mögliche Intervention zu verwahren. Außenminister Mustafa Osman Ismail erklärte, sein Land würde „nicht still halten“, sondern „zurückschlagen“. Die Deutschen, das wurde Botschafter Hans-Günter Gnodtke deutlich hingerieben, sollten gefälltigst ihre „feindselige Haltung mäßigen“.

Es war ein matter Versuch, noch einmal Souveränität zu demonstrieren. Nachdem vorvergangene Woche das US-Repräsentantenhaus die Vorgänge in Darfur einstimmig als „Genozid“ gewertet hatte, der nach Maßstäben der Uno ein militärisches Vorgehen rechtfertigt, wurde vorigen Freitag eine von Washington eingebrachte

Uno-Resolution bei Enthaltung Chinas und Pakistans verabschiedet, mit der sich die Staatengemeinschaft der Krise offiziell annimmt.

Das Regime in Khartoum lehnte den Beschluss unverzüglich ab, der verlangt, die Machthaber müssten die bislang halb geduldeten, halb geförderten Dschandschawid entwaffnen. Die Uno setzt eine Frist von 30 Tagen, um die Region zu befrieden. Andernfalls werde der Sicherheitsrat wenn nicht Sanktionen, so doch zumindest „Maßnahmen“ beschließen, was auf dasselbe hinauslaufen könnte. In einem wichtigen Punkt jedoch wurde die Vorlage abgeschwächt: Von Völkermord ist nicht explizit die Rede – so dass die militärische Option offen bleibt.

George W. Bush etwa mag aus Rücksicht auf seine schwarzen Wähler eigentlich nicht tatenlos die Zustände in Darfur dulden. Da den USA aber nach den teuren Abenteuern in Afghanistan und im Irak eine neue Intervention nicht genehmigt kommt, drängten sie die Uno und die EU zum Handeln.

Die Europäer wiederum sind gerade mal bereit, 8 der insgesamt 150 Beobachter zu stellen, die von sechs Standorten in Darfur aus die erhoffte Waffenruhe überwachen und Unregelmäßigkeiten an die Afrikanische Union nach Addis Abeba melden sollen. Die AU entsendet, wie es aussieht, Anfang August zum Schutz dieser Beobachter 360 Soldaten. Es wäre die erste neutrale Truppe in Darfur. Brüssel will sie mit zwölf Millionen Euro finanzieren.

„Die Augen der Welt blicken auf das Drama“, mahnt der Vorsitzende des EU-Außenministerrats, der Niederländer Bernard Bot. Und diese Welt sieht, neben allem menschlichen Unglück, vor allem wirtschaftliche Interessen in Gefahr.

Russland hat gerade erst zwölf MiG-29-Kampfflugzeuge nach Khartoum verkauft. Renault sicherte sich ein Quasimonopol für Überlandbusse. Korea ist Hauptimporteur von Pkw. Arabische Staaten führen Fleisch in großem Stil aus dem Sudan ein und haben nicht zuletzt die Sorge, die

USA könnten eine weitere arabische Regierung kippen, diesmal mit Hilfe der Uno.

In erster Linie aber sind es Ölreserven, geschätzt zwei Milliarden Fass, die das Land zum Brennpunkt machen. Für die Ölfelder namens Block 6 beispielsweise, das auch den Süden Darfurs durchzieht, hat die China National Petrol Corporation die Lizenz erhalten. Vorgangene Woche wurde ein 1,4-Milliarden-Euro-Deal mit dem europäisch-asiatischen Konsortium Petrodar unterzeichnet.

Solche Geschäfte brauchen stabile politische Rahmenbedingungen. Joschka Fischers klare Ansage, man könne Darfur „nicht sich selbst überlassen“, ist deshalb

keine Phrase, sondern ein Programm. Ausufernde Unruhen und eine Regierung, die ihren eigenen Staat nicht im Griff hat, sind Gift für profitablen Handel.

Bis zu 50 000 Darfuris kamen in jüngster Zeit ums Leben. In einigen Flüchtlingsgebieten existiert nur ein einziger Brunnen für Tausende Menschen. Noch am 3. Juli hatte Baschir der Uno versprochen, die Dschandschawid binnen 90 Tagen zu entwaffnen. 4000 von insgesamt 6000 Soldaten seien im Krisengebiet zum Schutz der Bevölkerung eingetroffen, versicherte Baschir.

Aber so gut wie nichts hat sich geändert. Viele Vertriebene bezeugen vielmehr übereinstimmend, sie seien immer wieder auch aus der Luft angegriffen worden – offenkundig von Militärjets der Junta. Deren Chef, der sich 1989 an die Macht putschte und eine islamische Diktatur führt, könnte sich nun ganz schnell auf der Schurkenliste ganz weit oben wiederfinden.

Denn Darfur ist nur eine von vielen sudanesischen Konfliktzonen. Rund 600 Ethnien leben in dem 32-Millionen-Einwohner-Staat. Zahlreiche Volksgruppen kämpfen um mehr Einfluss oder auch um eine Autonomie, wie sie dem Süden zugestanden werden soll nach zwei Jahrzehnte langem Aufstand. Auf Druck der USA schloss die Regierung im Juli 2002 mit der von John Garang geführten südsudanesischen Rebellengruppe SPLA einen Waffenstillstand. Derzeit wird in Naivasha (Kenia) ein Autonomieabkommen ausgehandelt.

De facto soll der zu 70 Prozent muslimische Sudan geteilt werden in einen arabischen, korantreuen Norden und einen „afrikanischen“, schwarzen Süden. Es soll zwei Währungen geben, zwei Steuersysteme und zwei Armeen. Einkünfte aus der Ölförderung, die nicht ausländischen Konsortien zustehen, sollen geteilt werden. In drei Jahren, so sieht es der Autonomieentwurf vor, wird gewählt. Nach weiteren drei Jahren dürfen alle Sudanesen per Referendum entscheiden, ob sie die Teilung wirklich wollen.

Bis Ende August wollen die Kriegsparteien die Zukunft eines Staates ausgehandelt haben, der zwar „Balad al-Sudan“ (Land der Schwarzen) genannt wird, seit seiner Unabhängigkeit von der britischen Krone im Januar 1956 aber von hellhäutigeren Arabern unbarmherzig regiert wird – dem Hamburger Sudan-Kenner Rainer Tetzlaff zufolge „ein Geisterhaus, in dem Folterknechte das Sagen haben“.

Die Zustände erinnern an den Dreißigjährigen Krieg in Europa: zahllose Fronten, wechselnde Bündnisse – und am meisten leidet die Bevölkerung. Mehr als zwei Millionen Tote soll das Gemetzel in den vergangenen Jahrzehnten gekostet haben. Schätzungsweise 1,2 Millionen Menschen sind momentan auf der Flucht.

An einen dauerhaften Frieden glauben deshalb wenige. „Der amerikanische An-

satz ist nicht durchdacht, es werden zu wenige Konfliktgruppen einbezogen“, warnt ein namhafter westlicher Diplomat. Das Ergebnis sei ernüchternd: „Nun schütteln sich in Naivasha nur zwei Diktatoren die Hände, Baschir und Garang, und dem Sudan droht eine Somalisierung.“

Zumindest im Süden ist derzeit eine klare Mehrheit für die Spaltung; zu tief sind die kulturellen Gräben zwischen Schwarzen und Arabern, zu fest wurzelt der Hass. Zum zweiten Mal nach der Abspaltung Eritreas von Äthiopien würden damit alte Kolonialgrenzen korrigiert.

Darfur zählt weder zum christlich-animistischen Süden noch zum muslimischen Norden. Bereits Ende der achtziger Jahre rüstete Khartum die Dschandschawid aus, damit sie dort aufrührerische Stämme niederwerfen. Schon damals kam es zu einem „genozidförmigen Angriff auf die alteingesessene Bevölkerung“, wie die „Sudan Democratic Gazette“ schrieb.

Vor 18 Monaten intensivierte die Aufständischen ihre Gegenwehr, als sich die Einnigung des Nordens mit dem Süden abzeichnete und klar wurde, dass die drei Millionen Darfuris davon keinen Nutzen haben würden. Wie apokalyptische Reiter preschten daraufhin die Dschandschawid wieder auf ihren Pferden und Kamelen herbei. Sie mordeten, sie vergewaltigten, sie versklavten schwarze Kinder.

Als die Regierung schließlich versuchte, die gnadenlose Mordmaschinerie zu stop-

pen, hat sie das verfallen lassen. Denn die hat ja, dank Washington, die Unabhängigkeit bereits vor Augen.

Womöglich aber sind die Vereinigten Staaten über ihr Ziel, durch Aufwertung der SPLA Ruhe in den für sie so wichtigen Ölstaat zu bekommen, hinausgeschossen. Auch aus dem Osten werden wieder Unruhen gemeldet: Kämpfer des Beja-Volkes attackieren dort Regierungseinrichtungen. Nur wer Gewalt anwende, werde gehört, das sei die Lektion, die sein Volk gelernt habe, sagt Umar Mohammed Tahir, ein führender Politiker der Beja.

Die Verhandlungen in Naivasha könnten geradezu tektonische Verschiebungen auf dem gesamten Kontinent bewirken. Der Umbruch im Sudan vermag ein Friedenssignal für einen von Kriegen gebeutelten Erdteil zu sein – aber er ist auch im Stande, eine Unzahl gewaltsamer Autonomiebestrebungen zu entflammen.

Wo immer es in Afrika gärt, wird von jeher der Ruf nach territorialer Neuordnung laut, nach Revision der von den Kolonialmächten auf der Berliner Konferenz 1884/85 willkürlich und rücksichtslos gezogenen Grenzen. Bislang schienen solche Forderungen aussichtslos. Eritrea und jetzt der Sudan zeigen: Das Unmögliche ist machbar.

In dem südsudanesischen Dorf Pabuong sind die Perspektiven eines Friedens schon zu besichtigen. Jahrelang brachten viermotorige sowjetische Antonows nur den



Präsident Baschir, Gegenspieler Garang: Eine Somalisierung droht

pen, war es zu spät. Manche Dschandschawid-Führer wie Mussa Hilal befehligen etwa 12 000 loyale Kämpfer.

Jetzt, endlich, sehen die darfurischen Widerständler ihre Stunde gekommen. Wenn der Süden die Unabhängigkeit erhalten, müsse für Darfur eine vergleichbare Lösung gefunden werden, argumentieren sie. Auch dort sei die überwältigende Mehrheit schwarz. Macht und Wohlstand dürften der Provinz nicht länger vorenthalten werden.

Ihre Kampforganisation, die SLA (Sudan Liberation Army), sucht den Schulterabschluss mit John Garangs südsudanesi-

schon Tod hierher. Sie luden Bomben und brennende Benzinfässer ab und verwandelten Teile der ölfreichen Region regelmäßig in ein Inferno.

Nun werden sie nicht mehr von Regierungssoldaten gesteuert, sondern von Piloten der Uno, und klinken tonnenweise Lebensmittel über der hungernden Bevölkerung aus – Salz, Sorghum, Sojabohnen, Mais und Weizen. Allein in Pabuong schlagen binnen drei Tagen mehr als 4000 reißfeste Säcke des Welternährungsprogramms auf, die dann von hoch gewachsenen Frauen des Nuer-Stammes fortgeschleppt werden. Für mindestens drei Mo-



Einweihung einer sudanesischen Ölquelle, Sudan-Kritiker Annan, Powell: Ausufernde Unruhen sind Gift für profitable Geschäfte

nate sichert die Fracht das Überleben von rund 12 000 Menschen in einer Sumpf- und Seenlandschaft, in die kein Landrover jemals vorgedrungen ist.

Von 1955 bis 1972 herrschte hier Bürgerkrieg. 1983 kochte er wieder hoch, bis vor wenigen Monaten. Es kämpften unter anderem die Nuer, ein pechschwarzes Volk, dessen Angehörige entweder christlich missioniert wurden oder immer noch ihre alten Naturgottheiten verehren, gegen die islamisch-arabische Zentralregierung in Khartum und ihre Reiterbanden. Aber auch, immer mal wieder, gegen den Stamm der Dinka.

„Die Feinde sind ganz in der Nähe“, sagt Mathew Makuel Chuol, der so etwas wie der Ortsvorsteher von Pabuong ist und im Sinne der SPLA die Ordnung im Dorf aufrechterhält: „Im Norden, nur zehn Stunden Fußmarsch entfernt, lauern die arabischen Milizen. Im Süden, nur neun Stunden entfernt, die Dinka.“

Einige hundert Kilometer südlich hat John Garang sein Heerlager aufgeschlagen. New Site haben sie dieses Hauptquartier des Kampfes gegen die arabische Regie-

Weitere Informationen unter www.spiegel.de/dossiers **SPIEGEL ONLINE**

rung genannt. Es besteht aus einigen gemauerten Häusern in der Wüste unweit der kenianischen Grenze – ein verschlafenes, derzeit ungewohnt betriebsames Rebellennest. 479 Stammesführer aus dem gesamten von der SPLA kontrollierten Gebiet hat Garang einbestellt. Noch nie versammelten sich derart viele Repräsentanten sudanesischer Stämme an einem Ort.

Auch bei dem Treffen in New Sites verwittertem Schulgebäude geht es um die Neuordnung des Sudan. Denn parallel zu den Verhandlungen mit der Regierung muss Garang den Süden hinter sich vereinen, sonst kann dem Bürgerkrieg gegen die Araber ein Bruderkrieg unter Schwarzen folgen.

Mehr als 400 Ethnien und Kulturen leben südlich der Muslimensphäre, außer den Dinka und Nuer noch Schilluk, Azande, Toposa, Berti und andere – eine brennende Konstellation. John Garang wirkt dennoch entspannt. Der ehemalige Oberstleutnant der sudanesischen Armee, dem in der Vergangenheit schwerste Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt wurden, wähnt sich schon als Landsvater.

„Die Zeit kann nicht mehr zurückgedreht werden“, verkündet der Rebell zuversichtlich. Nun gehe es darum, ein Land aufzubauen, „in dem seit Adam und Eva noch nie eine Asphaltstraße existiert hat“.

Er möchte eine Eisenbahnlinie, die „als Lebensader unserer Unabhängigkeit“ den Süden des Sudan mit dem kenianischen Ha-



fen Mombasa und Ugandas Hauptstadt Kampala verbindet, sowie Straßen und Pipelines, um nicht mehr vom nordsudanesischen Hafen Port Sudan abhängig zu sein.

„Garang wird neuer sudanesischer Präsident“, ist sich SPLA-Vizepräsident Riek Machar sicher, „entweder des Gesamtsudan oder, wenn eine Mehrheit für die Teilung votiert, des Südens. Mindestens 90 Prozent der Südsudanesen wollen einen eigenen Staat.“

Ob das ein Segen ist oder eher das Ableiten in Anarchie bedeutet, ist keineswegs klar.

RÜDIGER FALKSOHN,
JAN PUHL, THILO THIELKE